

Die Gewerbesteuer

- verhindert Steuervereinfachung in Deutschland.
- überzieht Unternehmen und Verwaltung mit unnötiger Bürokratie.
- ist wettbewerbsverzerrend.
- ist stark konjunkturabhängig.
- ist ungerecht.

(Nur rund 10 % aller Betriebe zahlen Gewerbesteuer, nur 3 % aller Gewerbebetriebe erwirtschaften 2/3 des Aufkommens.)

Liberaler Gemeindefinanzreform

Lösung:

Die Gewerbesteuer wird ersetzt.

Liberaler Gemeindefinanzreform

Kriterien an eine Liberale Gemeindefinanzreform

- Steuervereinfachung
- Besteuerung nach Leistungsfähigkeit
- Mehr Steuergerechtigkeit
- Aufkommens- und Belastungsneutralität
- Stärkung der kommunalen Finanzautonomie
- Verlässlichere Einnahmen für die Gemeinden
- Transparenz der Finanzierung der Gemeinden
- Stärkung des Bandes zwischen Wirtschaft und Gemeinde

Zwei-Säulen-Modell



Liberaler Gemeindefinanzreform

Die erste Säule - Umsatzsteuer

⇒ **Erhöhung des Gemeindeanteils von 2,2 % auf 11,5 %**

verlässlichere Einnahmequelle
als Ersatz für die Gewerbesteuer

Berechnungsschlüssel = Anzahl der
sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse

Die zweite Säule - Kommunalsteuer

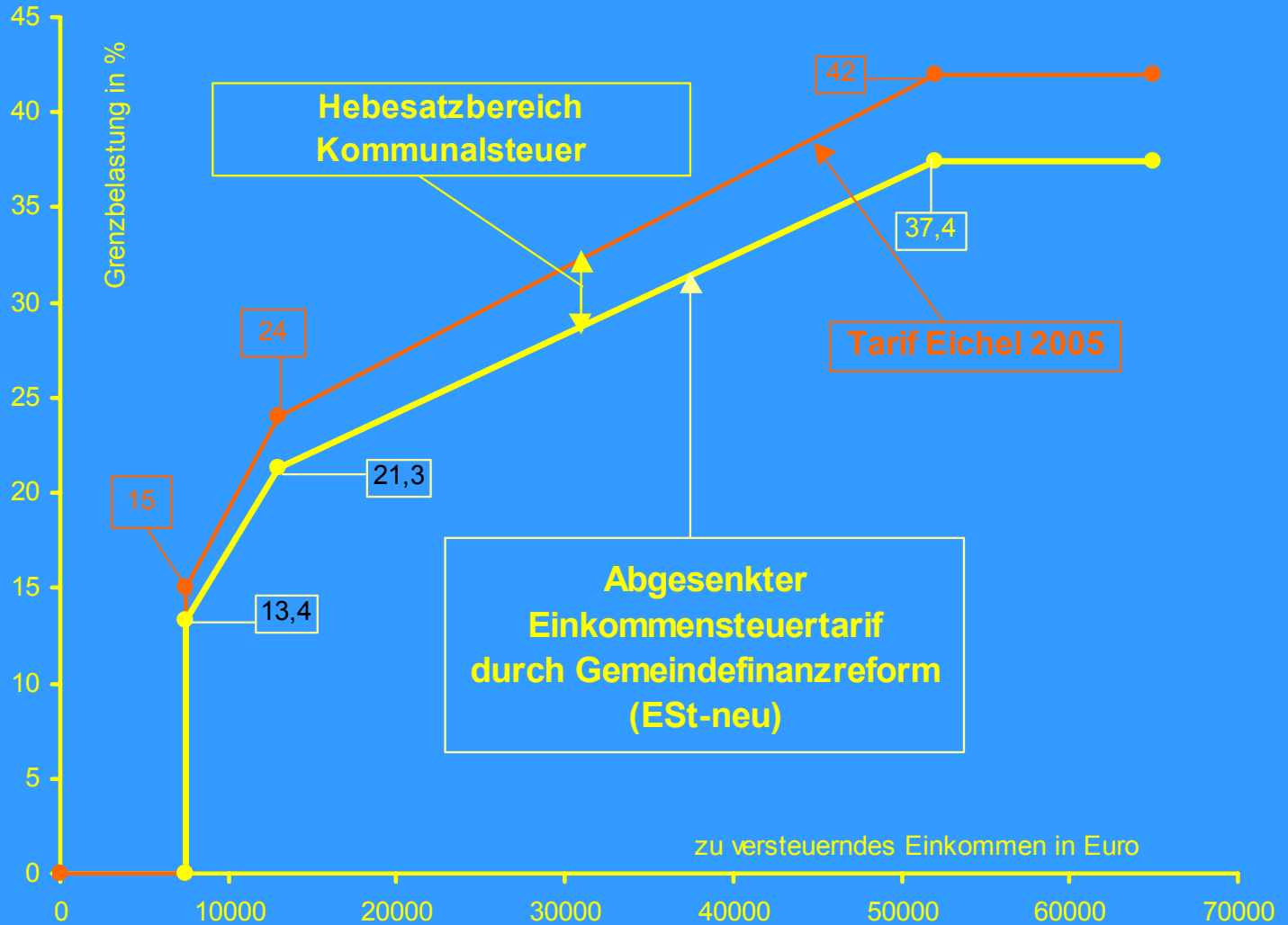
⇒ **Einführung einer Kommunalsteuer als Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer**

Transparenter Ersatz für den bisherigen versteckten Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von 15%.

Mehr Finanzautonomie der Gemeinden: Höhe des Zuschlags wird durch die Gemeinde festgelegt.

Kommunalsteuern auf betriebliche Einkünfte stehen Betriebsstättengemeinde zu.

Liberaler Gemeindefinanzreform



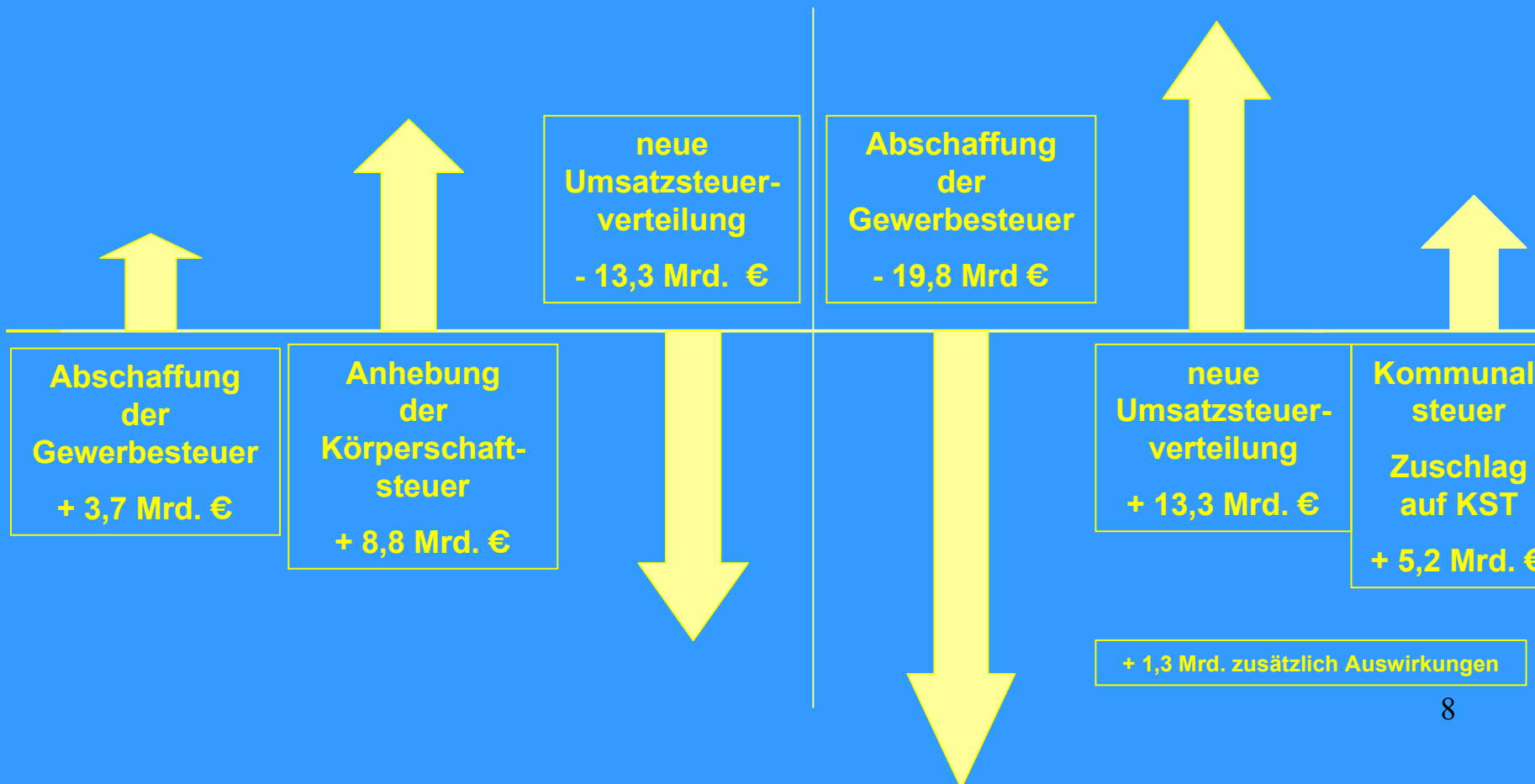
Liberaler Gemeindefinanzreform

Finanzielle Auswirkungen der ersten Säule:

Ersatz der Gewerbesteuer durch einen von 2,2 auf 11,5 % erhöhten Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer
(inkl. Anpassung der Körperschaftsteuer auf 32,2 %)

Bund/ Länder

Gemeinden



Liberaler Gemeindefinanzreform

Ergebnis

- Aufkommens- und Belastungsneutralität
- Steuervereinfachung
- Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit
- Mehr Steuergerechtigkeit
- Stärkung der kommunalen Finanzautonomie
- Verlässlichere Einnahmen für die Gemeinden
- Enges Band zwischen Wirtschaft und Gemeinde
- Stärkung des Demokratieprinzips